68. Jahrgang. № 334 Sonntag, 24. August 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1066 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31./8. 24 bei tägl. zweimal. Zustell. frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis i. Monat Aug. 3,00 G.-M. Einzelnummer 15 G.-Pfg. | Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1spalt. 30 mm hr. Zeile 30 ₰, ausw. 35 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰, außerh. 20 ₰, die 90 mm breite Reklamezeile 150 ₰, außerh. 200 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Lobeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Hotel Bellevue
Nachmittagtee; Mittag- und Abendtafel auf der Terrasse im Garten und im Terrassensaal an der Elbe
Bekannte vornehme Tafelmusik
Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Die Alternative des Reichstags.

Marx, Luther und Stresemann über die Auswirkungen einer Ablehnung.

Neue Störungen durch die Kommunisten. — Revolutionäre Bewegungen in der griechischen Flotte.

Schwere Befürchtungen des Kanzlers.

Berlin, 23. August. Im Reichstag hielt heute der Kanzler die Rede, die am Freitag infolge der kommunistischen Störungen ausfallen mußte. Dr. Marx erklärte:

Die Reichsregierung tritt vor Sie hin, um Ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz vorzulegen und Ihre Zustimmung zu erlangen. Die Mehrheit des Hauses hat die Erklärung der Regierung gebilligt, daß das Gutachten der Sachverständigen eine geeignete Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage sei. **Die schweren Bedenken gegen das Gutachten sind von mir nie verkannt worden.** Unsere heutige Beschlußfassung hat eine weitergehende Bedeutung als jene, die das Gutachten als Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems annahm.

Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, das ganze Material eingehend darzulegen und allen Parteien Rede und Antwort zu stehen. Wir rühmen uns nicht eines Erfolges, den wir in London errungen hätten. Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit, die wir in London zu vollbringen hatten, nicht derart war, daß sie große Erfolge hätte davontragen können. **Das Gutachten der Sachverständigen ist für das deutsche Volk in seinem innersten Wesen ebensowenig erfreulich wie der Versailler Vertrag.** Unsere Aufgabe bestand nur darin, Milderungen zu erstreben und ich glaube feststellen zu dürfen, daß die deutsche Delegation in London in keinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustande, in mancher Hinsicht aber eine Verbesserung erreicht hat.

Wie dem ganzen deutschen Volke, so lag auch der deutschen Delegation in London vor allem die Sorge am Herzen, deutsches Land von der Besetzung durch fremde Truppen zu befreien. Wenn unsere Bemühungen nicht das erstrebte Ergebnis gezeitigt haben, so ist das in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß den Parteien in London nach vielen Richtungen hin die Hände gebunden waren, und sich Faktoren in den politischen Verhandlungen geltend machten, die sich stärker erwiesen als der Verständigungswille der Führer. In erster Linie war das das Problem der interalliierten Schulden. Auf der Londoner Konferenz hat zum ersten Male seit Kriegsende wieder ein

Geist der Verständigung

und der ernsthafte Wille zur friedlichen Regelung der traurigen Kriegshinterlassenschaft geherrscht.

Die deutsche Delegation war nach Ausschöpfung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel einmütig der Ueberzeugung, daß eine Ablehnung der französisch-belgischen Zugeständnisse in der Räumungsfrage auf absehbare Zeit nicht etwa eine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten verursacht haben würde, und daß zugleich auch die durch das Gutachten und die Londoner Konferenz erstrebte erträgliche Lösung der Reparationsfrage in unabsehbare Ferne gerückt worden wäre. **Die Verantwortung dafür haben wir nicht übernehmen können.**

Wir haben von den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens die bedingungslose Zusage, daß das Ruhrgebiet spätestens am 15. August 1925 geräumt sein werde. Wir erhielten vom Ministerpräsidenten Herriot das Versprechen, daß die Räumung des Ruhrgebiets viel schneller durchgeführt werden soll, wenn die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich weiter fortgeschritten sei. Zum Beweise seiner ehrlichen Absicht wird Herriot am Tage nach Unterzeichnung des Londoner Paktes den Befehl zur Räumung der Zonen Dortmund, Hörde, Lünen geben. In der gleichen Zeit sollen auch die nach dem 11. Januar 1923 außerhalb des Ruhrgebiets besetzten Ortschaften und Landstreifen rheinaufwärts und rheinabwärts geräumt werden. Dadurch werden rund 900 000 Deutsche sofort von fremder Besatzung frei.

Weiter haben wir von Frankreich, Belgien und England die Zusage, daß die Sanktionsgebiete von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort spätestens am Tage der Ruhrräumung frei sein werden. Daß die deutsche Regierung die so getroffene Regelung der Räumungsfrage nicht als endgültig ansieht, es vielmehr als ihre Aufgabe betrachtet, die in Aussicht gestellte schnellere und vollständige Räumung des Ruhrgebiets zu erreichen, ist selbstverständlich. Ich hoffe, daß eine befriedigende Regelung der Räumungsfrage vielleicht bald erzielt werden wird, wenn auf der Grundlage der Londoner Beschlüsse eine Regelung des Reparationsproblems und eine Befriedung Europas eingeleitet worden ist.

Lösen wir die in London geknüpften Fäden wieder auf, so sind die Folgen nicht abzusehen. Auf diese Gefahr hinzuweisen und an alle Parteien dieses Hauses die ernste Mahnung zu richten, sich der Verantwortung der zu treffenden Entscheidung bewußt zu sein, halte ich für meine höchste vaterländische Pflicht.

Eine Ablehnung des Londoner Vertrages bedeutet zunächst die Zerstörung all der Hoffnungen, die das deutsche Volk, und insbesondere unsere Brüder im besetzten Gebiet, hegen: Industrie und Landwirtschaft würden noch mehr als bisher unter der ständig zunehmenden Kreditnot zu leiden haben. Ob bei unserer blutleeren Wirtschaft unsere mühsam bisher gehaltene Währung nicht neuem Verfall entgegentreiben wird, ist eine bange Frage. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Not in den breiten Massen des Volkes aber wäre eine sichere Folge. Auf den besetzten Gebieten würde der furchtbare militärische Druck unvermindert weiterlasten, und die Abschnürung der Bevölkerung würde aufrechterhalten werden. Hunderte gefangener Deutscher, die für ihr Vaterland sich eingesetzt haben, würden weiter in den Gefängnissen schmachten. Vielen Hunderten von Ausgewiesenen würde die Rückkehr in die Heimat weiter verwehrt bleiben.

Die Rede des Reichskanzlers wurde wiederholt durch Gelächter und höhnische Zurufe der Kommunisten unterbrochen. Am Schlusse der Rede dankte die Mehrheit dem Kanzler mit Beifall. Die Deutschnationalen enthielten sich jeglicher Kundgebung. Als nunmehr Reichsfinanzminister **Dr. Luther** die Rednertribüne betrat, riefen ihm die Kommunisten zu: „Oberschieber!" Da sich Dr. Luther nicht vernehmlich machen konnte, rief er den Kommunisten erregt zu: „Ihnen scheint ja die Wahrheit außerordentlich unangenehm zu sein!" — Präsident Wallraf verwarnte die Rufer und erklärte, das Land und Reichstag ein Recht darauf hätten, die Ausführungen der Regierung zu hören.

Reichsfinanzminister Dr. Luther

führte dann aus, daß er das Gesamtbild zeichnen und die Tatsachen darlegen wolle, die zeigen sollen: **Was geschieht, wenn den Londoner Abmachungen nicht zugestimmt wird?** „Ich gehe dabei," erklärte der Minister, „von der Annahme aus, daß ein erheblicher Zeitraum ablaufen wird, bis etwa ein neue Abkommen fertig ist. Die deutsche Delegation in London war aus außenpolitischen Erwägungen einmütig der Ueberzeugung, daß ein **Abbruch der Verhandlungen in London auf jeden Fall eine lange Verhandlungspause hervorrufen würde.** Obgleich es völlig unbestritten ist, daß sich unsere Gesamtwirtschaft in einer schweren Krise befindet, so will ich doch nach dieser Richtung einige Umstände erwähnen. Ein guter Gradmesser für den Zustand des Wirtschaftslebens ist stets

die Bewegung der Erwerbslosigkeit.

Die Erwerbslosigkeit hat in diesem Jahre seit dem 1. Juni erheblich zugenommen. **Wir sind im unbesetzten Gebiet von rund 210 000 Erwerbslosen am 1. Juni auf rund 328 000 am 1. August angestiegen, und zwar ohne die nicht genau bekannte Zahl der Kurzarbeiter und der nichtunterstützten Erwerbslosen.** Diese Verhältnisse werden noch schlimmer werden, sobald die Hilfsbeschäftigung in der Landwirtschaft aufhört. Aus dem besetzten Gebiete füge ich hinzu, daß **von insgesamt 450 000 Kohlenarbeitern im Ruhrgebiet bereits jetzt rund 80 000 erwerbslos sind.** Dazu häufen sich die Nachrichten aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet, wonach weitere nennenswerte Entlassungen bevorstehen. Ein zweiter wichtiger Gesichtspunkt zur Beurteilung des Wirtschaftslebens ist der

Zustand der Handelsbilanz.

Bei der Betrachtung der

Steuerregelung

erwähne ich vorweg, daß das Reich zurzeit imstande ist, seine laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Das Reich wird sogar unter Zurückdrängung des aus mehreren Gründen sehr dringenden Wunsches nach Bildung eines sehr hinreichenden Betriebsfonds in der Lage sein, für eine begrenzte Uebergangszeit die erwartete Anleihe zu bevorschussen. Eine Abmachung dieser Art ist in London getroffen worden. **Etwas ganz anderes aber ist die Frage, wie sich bei Nichtannahme des Londoner Abkommens die Finanzlage gestalten wird.**

Das Reichsfinanzministerium hat sich genötigt gesehen, diesem Umstand durch Erlasse Rechnung zu tragen, die möglichst weitgehende Rücksichtnahme auf die Wirtschaftslage des einzelnen anordneten. Darüber hinaus aber hat sich in der Wirtschaft eine Bewegung entwickelt, die grundsätzliche Hinausschiebung von Steuerterminen oder allgemeine Nachlasse erstrebt. Jedenfalls muß man aus all diesen Dingen schließen, daß in der deutschen Bevölkerung durchaus die objektiven und deshalb auch subjektiven Voraussetzungen für eine Gesamtsteigerung der Steuerbelastung fehlen. **Das Ergebnis hinsichtlich der laufenden Einnahmen ist also, daß wir ohne Annahme der Londoner Abmachungen mit einer Verminderung der laufenden Einnahmen keinesfalls aber mit einer Vermehrung rechnen müssen.**

Das Gesamtergebnis

der Betrachtung der Finanzlage des Reiches ist also dies:

1. Wir haben seit der Stabilisierung einen erheblichen **Zuschuß aus einmaligen Einnahmen** zur Aufrechterhaltung der **Reichsfinanzen** nötig gehabt.

2. **Die laufenden Einnahmen** werden bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen angesichts der Notlage unserer Wirtschaft zurückgehen.

3. **Die Ausgaben des Reiches werden sich nicht vermindern, sondern vermehren.**

Die Kreditnot wird bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen unvermeidlich steigen. Die Kreditpolitik der Reichsbank müßte auf der ganzen Linie zur äußersten Zurückhaltung zurückkehren. Da in solchem Falle die jetzt in der ganzen Welt stark vorhandene Hoffnung auf alsbaldige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung Europas sofort stark ins Wanken käme, würde auch das Vertrauen zur Rentenbank sofort in Mitleidenschaft gezogen werden. Bei der Landwirtschaft würde hinzukommen, daß der Plan durch Umgründung der Rentenbank gegenstandslos würde. Die Reichsbank **würde voraussichtlich auch** genötigt sein, im größten Umfange die fällig werdenden landwirtschaftlichen Wechsel einzufordern.

Zweierlei aber „füße die deutsche Regierung leisten und habe sie geleistet. Erstens muß deutlich gemacht werden, daß für **Deutschland keine Verpflichtung zur Ausführung der Londoner Abmachungen besteht, wenn die Anleihe nicht zustande kommt.** Diese Feststellung sei erreicht. Zweitens sei es wichtig gewesen, daß die Alliierten Regierungen auch von sich aus nachdrücklich dafür eintreten, daß der Anleiheplan zur Wirklichkeit werde. Der Weg der Zustimmung scheint unvermeidlich, schloß der Minister, und ich wage auch der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das Volk, wenn es zäh arbeitet und tapfer spart, auf der Grundlage des Londoner Abkommens unter lebenswürdigen Bedingungen endlich seinen Wiederaufstieg beginnen werde.

Darnach ergriff

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort, um auch die internationale Situation ins Auge zu fassen. Aus der Lage, die zunächst bestand, könne wohl ersehen werden, daß es nicht selbstverständlich war, daß die deutsche Delegation forderte: **Die Ruhr muß geräumt werden, sonst fahren wir ab.** Ich rufe die Herren, die dem Auswärtigen Ausschuß angehören, zu Zeugen an, daß ich ausdrücklich gesagt habe, daß es mir

nicht möglich erscheint, die unverzügliche Räumung durchzusetzen, daß wir fordern würden, eine militärische Räumung in absehbarer Zeit.

Auf die Frage des Abgeordneten Graf Reventlow: „Was verstehen Sie darunter?", habe ich gesagt: „Eine Zeit, die nach Monaten zählt, und nicht nach Jahren." Direkt auf das Sachverständigengutachten konnten wir uns in London nicht beziehen, wenn wir die Räumung forderten. Hierzu kam, daß wir auch auf die französische öffentliche Meinung Rücksicht nehmen mußten. Als Herriot uns dann erklärte, die Ruhr in einem Maximum von einem Jahre zu räumen, haben wir angesichts dieser Situation, die die militärische Räumung überhaupt hätte illusorisch machen können, erklärt, daß ein Versprechen der Räumung zu einem Termin in einem Jahre, ohne einen sichtbaren Anfang dieser Räumung anzunehmen, für uns unmöglich wäre. In den letzten Tagen ist dann weiter um die Räumung gerungen worden. In der Oeffentlichkeit ist nun die Meinung vertreten, daß zwischen der französischen Regierung und der deutschen Delegation über eine Regelung mit Hilfe eines Handelsabkommens irgendwelche geheime Abmachungen beständen. Ich erkläre das für absolut unrichtig.

Nach einem Exkurs über die Räumungsverhandlungen von Offenburg fuhr Stresemann fort: Ich weiß nicht, in wieweit Herriot ein politischer Machtfaktor ist, auf den wir uns für längere Zeit einrichten können, aber für seinen Charakter zeugt, daß er uns seinen guten Willen durch die Räumung Offenburgs und Appenweiers bewiesen hat.

Der Minister geht dann über zur Lage der Reparationskommission nach den in London gefaßten Beschlüssen. Die Beteiligung Amerikas schaffe Zusammenhänge, die den Gläubiger auch an dem Wohlergehen des Schuldners, also Deutschlands und der deutschen Wirtschaft, interessieren. Auch die Sanktionsfrage, die bisher wie ein Damoklesschwert über uns schwebte, sei damit ganz anders geregelt als bisher. **Die an der deutschen Wirtschaft interessierten Mächte würden nicht zulassen, daß durch irgendwelche Sanktionsmaßnahmen gegenüber Deutschland irgendein Pfand entwertet werde.** Wir hätten jetzt einen Abschluß erreicht. **Man solle nicht glauben, daß die Nationen wieder so einfach an den Tisch zu bringen sein würden.**

London sei nicht der Schlußpunkt.

Es könne der Anfang sein zu einer Entwicklung, die ein Zusammenwirken der Völker schaffe. Geben Sie, schloß der Minister unter dem lebhaften Beifall der Mehrheitsparteien, **Deutschland diese Möglichkeiten, damit wir es auf dieser Grundlage zu einer gesunden Zukunft führen können.**

Der Reichstag beschloß, am Ende nächsten Montag, 12 Uhr mittags, die Besprechung der Regierungserklärung zu beginnen.

SLUB
Wir führen Wissen.